

Michael Sommer im einblick-Interview

„Die Ära der Deregulierung ist zu Ende“

Ein Kurswechsel in Europa, eine neue Ordnung der Arbeit und Maßnahmen gegen die drohende Altersarmut – das sind die zentralen Forderungen von DGB und Gewerkschaften zum 1. Mai 2012. Im einblick-Interview beschreibt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, welche fatalen Folgen der rigide Sparkurs nicht nur in den Krisenländern der EU hat und wie Wachstum, Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit befördert werden können.



Foto: DGB/Simone M. Neumann

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer spricht in diesem Jahr auf der zentralen Maikundgebung des DGB in Stuttgart.

■ **Vor welchen zentralen Herausforderungen stehen die Gewerkschaften und die ArbeitnehmerInnen am 1. Mai 2012?**

■ Wir stehen vor drei zentralen Herausforderungen: Erstens brauchen wir einen Kurswechsel in Europa. Wir dürfen nicht zulassen, dass im Rahmen des Krisenmanagements fundamentale Ar-

beitnehmerInnenrechte wie zum Beispiel die Tarifautonomie über Bord geworfen und Mindestlöhne gesenkt werden. Leider ist dies in den Krisenländern schon geschehen. Zweitens brauchen wir eine neue Ordnung der Arbeit, um der Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigung einen Riegel vorzuschieben. Auch die Tarifautonomie muss in Deutschland

wieder gestärkt werden, die von den Arbeitgebern durch Tariffucht und den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen systematisch unterlaufen wird. Drittens müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen, um die tickende Zeitbombe der Altersarmut zu entschärfen.

■ **Du redest am 1. Mai in Stuttgart. Was wirst du den Kolleginnen und Kollegen sagen, was in Europa geschehen muss, um die Situation der ArbeitnehmerInnen zu verbessern?**

■ Wir brauchen für Europa – und damit meine ich auch Deutschland – gerechte Löhne und soziale Sicherheit. Gute Arbeit muss auch hier gut bezahlt werden. Und: Es kann Deutschland auf lange Sicht nicht gut gehen, wenn die Nachfrage in den Krisenländern am Boden liegt. Der gegenwärtige europäische Sparkurs hat somit nicht

plusminusBERLIN

✚ **Die Grünen-MdB Kai Gehring und Memet Lilic haben sich für eine moderne Willkommenskultur ausgesprochen, um ausländische Studierende in Deutschland zu halten. Anstatt ausländischen Hochschulabgängern „die kalte Schulter zu zeigen“, müssten ihre Möglichkeiten zu bleiben verbessert werden.**

✚ **FDP-Generalsekretär Patrick Döring hat Verständnis für das Vorgehen der Schweizer Justiz gegen deutsche Finanzbeamte, die eine CD mit „Steuersünderdaten“ gekauft hatten. „Es ist nicht verwunderlich, dass die Schweizer Behörden kein Interesse daran haben, dass Straftaten in ihrem Land belohnt werden.“**

Seite 3

Präsident in der Pflicht

Der französische Gewerkschafter Marcel Grignard (CFDT) erklärt, was die Gewerkschaften vom neuen Präsidenten erwarten

Seite 5

Mobile Beschäftigte

Seit einem Jahr besteht die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für den deutschen Arbeitsmarkt. einblick zeigt, wie es um die Arbeitsbedingungen mobiler Beschäftigter steht

Seite 7

Beistand im Betrieb

Peter Hartlaub schildert den Wandel der Arbeitswelt aus Sicht der katholischen Betriebsseelsorge



Der Surf-Tipp fürs Internet

http://bit.ly/ig_m_vid_leih
IG Metall-Video mit dem Titel „Leiharbeit – warum das die IG Metall so aufregt“

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Der 1. Mai-Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Weiter auf Seite 5

Geringqualifizierte

Erfolgreiches Programm

Erste Erfolge zeigt ein Programm der Arbeitslosenversicherung für geringqualifizierte Arbeitslose. Die „Initiative zur Flankierung des Strukturwandels“ (IFlaS) wurde von den DGB-VertreterInnen im Verwaltungsrat angeregt und durchgesetzt. Über IFlaS erhalten Geringqualifizierte ohne Berufsabschluss Zugang zu einer bezahlten Weiterbildung. Die Initiatoren sehen das Programm aber auch als einen Beitrag zur Lösung des Fachkräftemangels. Die positive Zwischenbilanz: Die Zielgruppe wird erreicht. Eine Befragung der TeilnehmerInnen zeigte, dass der überwiegende Teil keinen Berufsabschluss hat und lediglich einen Hauptschulabschluss vorweisen kann. Großen Zuspruch findet IFlaS ebenfalls bei Menschen mit Migrationshintergrund.

Doch mit den ersten positiven Ergebnissen sind die GewerkschafterInnen noch nicht ganz zufrieden. Da den TeilnehmerInnen während der Weiterbildungsphase weniger Geld zur Verfügung steht, können sich einige das Programm im wahrsten Sinne des Wortes „nicht leisten“, sagt DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy. Der DGB fordert deshalb einen finanziellen Ausgleich. Adamy spricht von einer gesetzlichen „Durchhalteprämie“, die er sich vorstellen könnte, um das Programm noch attraktiver zu

EU-Beschäftigungspakt

Etikettenschwindel

Der von der EU-Kommission vorgelegte Beschäftigungspakt ist für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach ein „Eingriff in die Lohnpolitik und Arbeitnehmerrechte“. Mit diesem Ansatz würde die Krise eher noch verschärft. Der „Flexicurity-Ansatz“ sei nichts anderes als Deregulierung. Das

? ... nachgefragt



Foto: CFDT

Am 6. Mai wählt Frankreich in einer Stichwahl seinen Präsidenten. Die Entscheidung fällt zwischen dem Sozialisten François Hollande und dem konservativen Amtsinhaber Nicolas Sarkozy. Der Gewerkschaftsdachverband CFDT hatte den Kandidaten bereits im Vorfeld einen Forderungskatalog vorgelegt. Sarkozy schlug allerdings ein Gesprächsangebot aus. Marcel Grignard, stellvertretender CFDT-Generalsekretär, zieht erste Schlüsse.

„Es ist vor der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen und den Parlamentswahlen im Juni zu früh, um eine gründliche Analyse vorzunehmen. Die hohe Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang zeigt die großen Erwartungen der Franzosen an die Zukunft. Die vielen Protestwähler, besonders für die „Front national“, stimmen jedoch nachdenklich. Sie sind ein Indiz für die Zukunftsängste der Franzosen, vor allem der jungen. Sie glauben den Reden, dass die Abschottung Frankreichs gegenüber Migranten und die Distanz zu Europa Lösungen wären. Dies bestärkt die CFDT darin, konkrete Perspektiven für die Probleme aufzuzeigen. Dazu müssen die Menschen

eingebunden werden und aktiv an der sozialen Gestaltung mitarbeiten können.

Unser langfristiges Ziel ist die Vollbeschäftigung. Die Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik müssen reformiert werden. Wir brauchen Wachstum, nicht zuletzt, um den Schuldenabbau zu bewältigen. Die Menschen wollen sichere und gute Arbeit. Sie wollen auch solidarische soziale Sicherheitssysteme. Die notwendigen Veränderungen müssen auf europäischer Ebene koordiniert werden. Hier muss wirtschaftliche Kompetenz gebündelt und die Konkurrenz zwischen den Ländern reduziert werden. Wir brauchen einen Sozialpakt für Europa.“

gestalten. Zugleich sollte die Bundesregierung dieses Sonderprogramm auch im steuerfinanzierten Hartz-IV-System auflegen. •

Anonyme Bewerbung

Bessere Chancen

Bewerbungen ohne Angaben zu Alter, Geschlecht und Herkunft verbessern die Chancen von Frauen, MigrantInnen und Älteren auf dem Arbeitsmarkt. Zu diesem Ergebnis kommt ein Modellversuch im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS). Fünf Unternehmen und drei öffentliche Arbeitge-

ber sichteten über zwölf Monate 8550 anonymisierte Bewerbungen. Die Auswahl der BewerberInnen zu einem persönlichen Gespräch basierte ausschließlich auf den vorliegenden Angaben zur Qualifikation.

Insgesamt wurden 246 Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätze erfolgreich besetzt. Nicht zuletzt profitieren vor allem Frauen, wenn Vorurteile über familiäre Verpflichtungen oder auch das Alter entfallen. Für die DGB-Arbeitsrechts-

expertin Martina Perreng ist das Ergebnis überzeugend. Das Projekt habe letztlich bestätigt, dass sich Arbeitgeber nicht immer von objektiven Kriterien leiten ließen. Für Perreng heißt die Konsequenz aus der Studie, dass die Arbeitgeber nach diesen positiven Ergebnissen ein solches Verfahren auch nutzen sollten. Die ADS hat aus den Projektergebnissen einen Leitfaden für Arbeitgeber erarbeitet. •

www.bit.ly/ads-anon

Flexible Arbeitszeit

Die OECD irrt

Flexible Arbeitszeitmodelle stabilisieren Beschäftigung. Dies hat sich nicht zuletzt in der aktuellen Krise gezeigt. Das derzeit gerne zitierte „deutsche Beschäftigungswunder“ basiert nicht zuletzt auf einem System interner Flexibilität, dem Mix aus Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit. Hartmut Seifert, Arbeitsmarktexperte und früherer Leiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, stellt dazu in einer neuen Analyse fest,

dass ausgefeilte Arbeitszeitmodelle wirksamer als Deregulierung seien.

Der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), die Deutschland regelmäßig einen zu hohen Regulierungsgrad auf dem Arbeitsmarkt vorwirft, hält Seifert entgegen, dass ihr Verständnis von „flexiblen Arbeitsmärkten zu kurz“ greife. Für Seifert heißt die Schlussfolgerung: Flexible Arbeitsmärkte könnten nicht mit deregulierten Arbeitsmärkten gleichgesetzt werden. Nötig sei ein Paradigmenwechsel. Bei den OECD-Vorgaben bleibe „das gesamte Spektrum an Formen und Instrumenten interner Flexibilität“ außen vor. •

Zuwanderung braucht Gute Arbeit

Seit einem Jahr besteht die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für den deutschen Arbeitsmarkt auch für Menschen aus den acht neuen EU-Mitgliedstaaten (EU-8). Anlass, eine Bilanz der Situation mobiler ArbeitnehmerInnen aus EU-Staaten in Deutschland zu ziehen.

Der große Ansturm aus Polen, Tschechien, Slowenien, der Slowakei, Ungarn, Estland, Lettland und Litauen ist ausgeblieben. „Die Einschätzung der Größenordnung war maßlos überzogen“, stellt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fest. Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen: Von April 2011 bis Januar 2012 waren es im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nur etwa 63 000 Beschäftigte aus den EU-8-Ländern mehr, die in Deutschland gearbeitet haben.

Damit sind die Schreckensszenarien widerlegt, die zum Beispiel das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) befürchtete. Demnach sollten 800 000 mobile ArbeitnehmerInnen bis 2012 kommen. Hans-Werner Sinn, Direktor des ifo-Instituts, schätzte gar Millionen. Tatsächlich entspricht die Zuwanderung den geringen und mittleren Prognosen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die einen Zuzug von 52 000 bis 100 000 mobilen ArbeitnehmerInnen voraussagten.

Die IAB-Experten sind sich sicher: Die geringen Zahlen resultieren auch aus den langen Übergangsfristen für den deutschen Arbeitsmarkt. Deutschland und Österreich haben die mögliche Sperrfrist von sieben Jahren voll ausgeschöpft. So sind Großbritannien und Irland zu vorrangigen Einwanderungszielen geworden, die von über 60 Prozent der mobilen ArbeitnehmerInnen aus den EU-8-Ländern angesteuert wurden. Eine Ursache für die geringe Attraktivität Deutschlands ist aus Sicht

des DGB, dass Deutschland immer mehr zu einem Billiglohnland wird. „Wenn qualifizierte Arbeitskräfte nicht nach Deutschland kommen, sondern eher nach Frankreich oder Großbritannien gehen, dann liegt dies vor allem an den besseren Arbeitsbedingungen oder wie im Fall von Frankreich am gesetzlichen Mindestlohn“, kritisiert Annelie Buntenbach.

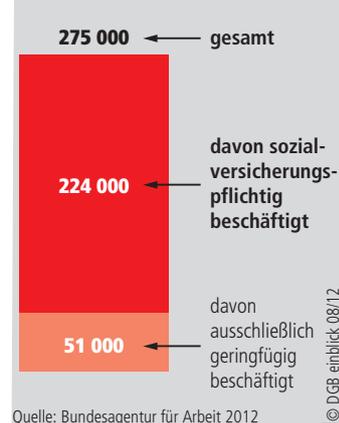
Die Situation für mobile ArbeitnehmerInnen aus Bulgarien und Rumänien ist eine andere. Obwohl für sie noch kein voller Zugang zum Arbeitsmarkt besteht, arbeiten bereits viele Menschen aus diesen Ländern in Deutschland. Ihre Beschäftigung ist nicht selten von betrügerischem Missbrauch und Lohndumping geprägt. Aufgrund mangelnder Information der deutschen Betriebe und der mobilen ArbeitnehmerInnen könnten windige Geschäftemacher ihre Situation ausnutzen, warnt Annelie Buntenbach. „Sie vermitteln scheinbar sichere Arbeitsverhältnisse. In der Realität stellt sich oft heraus, dass die vermeintlichen Arbeitsverträge Gewerbeanmeldungen waren.“ Besonders problematisch sei auch die Situation bei der Entsendung von Arbeitskräften, die in allen Branchen mit Ausnahme des Baugewerbes möglich sei. „Hier werden Mindestlöhne nicht eingehalten, und die Unterbringung ist oft nicht zumutbar.“ Dies sei Folge des deutschen Arbeitsmarkts, der prekäre Beschäftigung ermöglicht und fördert.

Bereits vor einem Jahr warnten der DGB und die Gewerkschaften, dass fehlende politische und rechtliche Gestaltung der Arbeitnehmermobilität zu Sozialdumping und unwürdigen Arbeitsbedingungen führen. Im damals vorgelegten Sieben-Punkte-Plan des DGB wurden konkrete Forderungen formuliert: ein allgemeines Entsendegesetz, ein gesetzlicher

Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro und die Kontrolle von Beschäftigungsverhältnissen, um Betrug zu verhindern. Getan hat sich jedoch nicht viel. Buntenbach fordert weiterhin: „Wir brauchen eine Registrierung aller entsandten Beschäftigten und die Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit durch regelmäßige Kontrollen.“ Für den DGB geht es nun in erster Linie

Mehrheit versichert

Anzahl der Beschäftigten aus den acht neuen EU-Mitgliedsstaaten in Deutschland im Januar 2012



Im Januar 2012 waren insgesamt 275 000 Beschäftigte aus den EU-8-Ländern in Deutschland registriert. Etwa 63 000 neue Beschäftigte sind aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit von April 2011 bis Januar 2012 hinzugekommen. Insgesamt waren rund 80 Prozent sozialversichert beschäftigt.

darum, die Übergangsfristen bis 2014 zu nutzen, um rumänische und bulgarische ArbeitnehmerInnen über ihre Rechte aufzuklären und vor Missbrauch und Betrug zu schützen. „Wer Zuwanderung aus den EU-Ländern will, muss auch die volle Gleichbehandlung bei Arbeits- und Entlohnungsbedingungen herstellen“, fordert Buntenbach. ●

Der DGB setzt sich mit seinem Projekt „Faire Mobilität“ für die Rechte mobiler ArbeitnehmerInnen und gegen Lohn- und Sozialdumping ein. Beschäftigte, die ausgebeutet werden, finden Rat und Hilfe bei den Beratungsstellen. www.dgb.de/fairmobil

Freie Märkte

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit gehört zu den europäischen Grundfreiheiten. Sie besagt, dass EU-BürgerInnen ihren Arbeitsplatz in der EU frei wählen können. Seit dem 1. Mai 2011 besteht die volle Freizügigkeit in Deutschland für acht neue Mitgliedstaaten. Für Rumänien und Bulgarien ist sie noch bis Januar 2014 eingeschränkt.

Eine weitere Grundfreiheit ist die Dienstleistungsfreiheit. Selbstständige können in einem anderen EU-Land Dienstleistungen mit eigenem Personal auf Werksvertragsbasis anbieten. Die Dienstleistungsfreiheit gilt ebenfalls seit dem 1. Mai 2011 uneingeschränkt für die EU-8 in allen Branchen. Zuvor war sie unter anderem für die Bau- und Reinigungsbranche eingeschränkt.

Per Niederlassungsfreiheit können sich Rumänen und Bulgaren bereits in Deutschland niederlassen und mit einer Arbeitsgenehmigung tätig werden. Für Hochschulabsolventen ist der Arbeitsmarktzugang ohne Vorrangprüfung möglich. Darüber hinaus gibt es genehmigungsfreie Beschäftigungsverhältnisse und die Möglichkeit der Selbstständigkeit.

IGB

Grüne Jobs schaffen

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) fordert Regierungen weltweit dazu auf, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes in die „grüne Wirtschaft“ zu lenken. Dadurch könnten bis zu 48 Millionen Arbeitsplätze in zwölf Ländern in Nord- und Südamerika, Asien, Afrika und Europa entstehen. In Volkswirtschaften wie Brasilien, Indonesien und Bulgarien könnten innerhalb von fünf Jahren so bis zu 19 Millionen neue Jobs geschaffen werden – in den Industrieländern bis zu 28 Millionen. Sharan Burrow, IGB-Generalsekretärin, betont: „Die

Aussicht auf den Übergang zu einer grüneren Wirtschaft mit menschenwürdiger Arbeit wird Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Unternehmen, den einzelnen Volkswirtschaften und künftigen Generationen zugute kommen.“ • www.ituc-csi.org

DGB-Flyer 1

Ein Kurswechsel für Europa

Die Krise in Europa hält an und gefährdet Wirtschaft und Arbeitsplätze. Der strikte Sparzwang verhindert Wachstum und verbaut Perspektiven für die Krisenstaaten. DGB und Gewerkschaften wollen eine andere Politik. Mit dem Flyer

„Europa geht nur anders“ zeigt der DGB, wie den Krisenstaaten und ganz Europa neue Wege eröffnet werden können.

So fordert der DGB unter anderem, das unsoziale Spardiktat in den europäischen Ländern zu beenden. „Europa braucht eine sozial-ökologische Wachstumsstrategie. Wir brauchen mehr Investitionen in gute Arbeitsplätze – Investitionen in Wohlstand für alle.“ Das Faltblatt bietet fundierte Fakten zu den Ursachen der Krise sowie Hintergrundinfos und Argumente für ein soziales Europa. Die Publikation kann kostenlos im Internet bestellt werden, es werden nur Versandkosten in Rechnung gestellt. •

www.bit.ly/dgb_euro_bro

DGB-Flyer 2

Wasser für alle



Die EU-Kommission plant die öffentliche Daseinsvorsorge zu liberalisieren. So sollen Dienstleistungen in den Bereichen Wasser, Energie, Abfall und Verkehr auch von privaten Anbietern übernommen werden. Das sieht ein Richtlinienpaket vor, das in diesem Jahr beschlossen werden soll. Der DGB kritisiert das Vorhaben scharf. Das DGB-Faltblatt „Wasser gehört uns allen!“ liefert wichtige Infos und Gegenargumente zum Thema. Zum Beispiel gerate auf diesem Weg die Qualität des Trinkwassers in Gefahr, warnt der DGB. „Am Ende drohen Verbraucherinnen und Verbrauchern höhere Kosten und schlechtere Qualität, den Beschäftigten schlechtere Arbeitsbedingungen.“ •

www.bit.ly/dgb_wasser

Großbritannien

Gewerkschaften im Fokus

Seit rund 30 Jahren sinken die Mitgliederzahlen der britischen Gewerkschaften. Zudem ist der politische Einfluss der britischen Unions aktuell eher gering, wie der Autor Ray Cunningham (Anglia Ruskin University) in seiner Studie „Die Gewerkschaften im Vereinigten Königreich“ zeigt. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung analysiert er die aktuelle Situation und die Herausforderungen, vor denen die Gewerkschaften in

Großbritannien stehen. Cunninghams Rat: Mitgliederwerbung und mitgliedernahe Angebote und Dienste sollen den Verlust stoppen, um auf lokaler Ebene schlagkräftig zu bleiben. Zudem sollen sich die britischen Gewerkschaften vorrangig für die Interessen der Beschäftigten einsetzen. Vor allem für sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze. •

Die Studie als pdf-Download unter www.bit.ly/luk_fes

Willi-Bleicher-Preis

Preisträger gesucht

Bis zum 25. Mai können BewerberInnen für den Willi-Bleicher-Preis ihre Beiträge noch bei der IG Metall Baden-Württemberg einreichen. Das Motto der diesjährigen Ausschreibung lautet „Wandel der Arbeitswelt: Arbeit und Leben – Leben und Arbeiten“. Die IG Metall verleiht den Preis an JournalistInnen, die die Arbeitswelt mit ihren Beiträgen erlebbar gemacht haben. Bedingung ist, dass die AutorInnen

für Medien in Baden-Württemberg arbeiten und die Beiträge einen Bezug zum Bundesland haben. Die Preisverleihung erfolgt auf der Bezirkskonferenz der IG Metall am 13. Juli in Ludwigsburg. • www.willi-bleicher-preis.de

interregio

••• Der **DGB Rheinland-Pfalz** will mit der **Kampagne „Übers Geld redet man nicht – wir schon!“** gegen die Schuldenbremse vorgehen. Im Dialog mit BürgerInnen sollen in Veranstaltungen Ideen für einen handlungsfähigen Staat entwickelt werden. Ziel des DGB: „Wir wollen deutlich machen, wo und wie staatliche Mittel eingesetzt werden, um das Gemeinwesen zum Vorteil der Bürger zu organisieren.“ Unter anderem soll

auch für ein neues Steuerkonzept geworben werden, damit gemeinschaftliche Aufgaben solidarisch finanziert werden. www.ueber-geld-reden.de

••• Der **DGB-Sachsen** hat die **Kampagne „Billig kommt teuer“** gestartet, um für ein modernes Vergabegesetz mit fairen Bedingungen zu werben. Überall gebe es Beispiele, dass öffentliche Aufträge an den billigsten Anbieter gingen und die Gesellschaft die Kosten für unsaubere Arbeit zahlen

müsste. Mit einer Tour soll landesweit auf Marktplätzen, auf Straßen, aber auch im sächsischen Landtag für ein faires Vergabegesetz geworben werden. Auch mit LokalpolitikerInnen soll das Gespräch gesucht werden. Die BürgerInnen können sich zudem an einer Unterschriftenaktion beteiligen. www.sachsen.dgb.de

••• Der **DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt** lädt am 11. Mai zur

Sitzung des Hochschulpolitischen Arbeitskreises nach Hannover ein. Thema ist die Finanzierung der Hochschulen. Neben zwei Vorträgen soll ein Überblick über die Hochschulsituation in Deutschland und Niedersachsen gegeben werden. ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften analysieren und diskutieren zudem neue Trends bei Finanzierungsverfahren. www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

„Die Ära der Deregulierung ist zu Ende“

Interview mit Michael Sommer /
Fortsetzung von Seite 1

nur gravierende soziale Folgen in den betroffenen Ländern, sondern wird auch auf die exportorientierte deutsche Wirtschaft zurückschlagen. Ich bin der festen Überzeugung: Mit Sparen allein ist die aktuelle Krise nicht zu überwinden. Die Staats- und Regierungschefs müssen auch die Einnahmeseite anpacken. So ist die Einführung der Finanztransaktionssteuer längst überfällig.

■ **Laut ILO sind 209 Millionen Menschen weltweit arbeitslos. 12,7 Prozent aller Jugendlichen haben keinen Job. Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt damit einer ganzen Generation die Chance auf eine eigenständige Existenz. Was muss passieren, um diesen Trend zu stoppen?**

■ Die weltweiten Arbeitslosenzahlen der ILO sind ein Alarmsignal für die Staats- und Regierungschefs. Es müssen endlich mehr Anstrengungen für Wachstum und Beschäftigung unternommen

„Der DGB ist in guter Verfassung“

werden. Besorgniserregend ist vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Krisenländern. In Spanien ist fast jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit. Sparen allein wird die jungen Menschen aber nicht in Lohn und Brot bringen. Europa muss mit Investitionen in Bildung, Wachstum und Beschäftigung dafür sorgen, dass die Menschen wieder eine Perspektive bekommen und die Jugend nicht zur verlorenen Generation wird. Und die Finanzmärkte müssen endlich konsequent reguliert werden, denn solange Banken,

Hedgefonds und Rating-Agenturen machen können, was sie wollen, wird es nicht gelingen, die Krise zu überwinden.

■ **Die Gewerkschaften fordern eine neue Ordnung für Arbeit. Was sind die wichtigsten Eckpunkte?**

■ Wir brauchen wieder mehr Gerechtigkeit, dazu gehört ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro die Stunde, um die schlimmsten Auswüchse auf dem Arbeitsmarkt zu beenden. In der Leiharbeit muss endlich „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten. Auch bei den Minijobs und der Solo-Selbständigkeit besteht Handlungsbedarf, hinzu kommt der zunehmende Missbrauch von Werkverträgen. Und wie gesagt: Auch die Tarifeinheit und die Tarifautonomie müssen wieder gestärkt werden. Sie wird zunehmend unterlaufen durch Tarifflucht, OT-Mitgliedschaften in den Arbeitgeberverbänden und den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen. Das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung muss deshalb gestärkt werden, wie es uns andere Länder vormachen, zum Beispiel Frankreich.

Ich erwarte von der Politik, dass sie sich endlich dazu durchringt, die Arbeitswelt klaren Regeln zu unterwerfen. Immer mit dem Ziel, die Beschäftigten vor Lohndumping und Ausbeutung zu schützen. Die Ära der Deregulierung ist zu Ende.

■ **Unter Schwarz-Gelb stehen die Chancen eher schlecht, prekäre Beschäftigung und Niedriglohnjobs einzudämmen. Fehlt der Koalition weiterhin die Einsicht?**

■ Im Ergebnis ja. Es gibt zwar Bewegung, zum Beispiel beim Mindestlohn – auch wenn die Vorschläge bei weitem nicht ausreichen. Leider tritt vor allem die FDP auf die Reformbremse, und es ist schwer vorstellbar, dass sich daran in absehbarer Zeit etwas ändert.

■ **Die Piratenpartei entert die Landesparlamente. Auch im Bund deuten einige Prognosen auf einen möglichen Einzug in den Bundestag. Welchen Einfluss hat die Piratenpartei auf die Parteienlandschaft?**

■ Der bisherige Erfolg der Piratenpartei und die Umfragewerte wirbeln die Parteienlandschaft in der

„Tarifeinheit und Tarifautonomie müssen wieder gestärkt werden.“

Tat kräftig durcheinander. Welche Rolle die Partei langfristig spielen wird, muss sich aber noch zeigen. Neben dem Kernthema Netzpolitik ist es vor allem der offene, unkonventionelle Stil der Piraten, der sie als Alternative zu den etablierten Parteien interessant macht. Wann hört man schon mal von einer der im Bundestag vertretenen Parteien, dass sie noch keine Antwort auf eine sachpolitische Frage hat. Das empfinden viele Menschen als ehrlich und erfrischend anders. Aber auf Dauer wird das natürlich nicht reichen – das zeigen ja auch schon die ersten Erfahrungen in Berlin. Denn keine Antworten sind genauso schlecht wie falsche Antworten.

■ **Wo siehst du gewerkschaftliche Schnittmengen mit der Piratenpartei?**

■ Ich habe mich vor kurzem mit dem Vorsitzenden der Piratenpartei Sebastian Nerz getroffen. Es war ein konstruktives Gespräch, aber es sind auch Unterschiede deutlich geworden. Zum Beispiel beim Urheberrecht und beim bedingungslosen Grundeinkommen, dessen Einführung die Piraten befürworten und das ich als Anschlag auf den Wert der Arbeit sehe. Wir haben uns aber darauf verständigt, im Gespräch zu bleiben und eine gemeinsame Arbeitsgruppe zum Urheberrecht und zur Netzkommunikation einzurichten.

■ **Die DGB-Organisationsreform ist auf einem guten Weg. Wie siehst du den bisherigen Prozess?**

■ Wir haben aus dem gesamten Bundesgebiet sehr gute Rückmeldungen, und die Gründung der dritten Satzungsebene der Stadt- und Kreisverbände geht mit großen Schritten voran. Wir haben unser Soll für 2012 mehr als erfüllt. Der DGB ist in guter Verfassung, und wir werden bis zum Ende dieser Kongressperiode die beschlossene Satzungsreform umgesetzt haben. Bei meinen Regionsbesuchen vor Ort freut es mich sehr zu sehen, mit welchem großem Elan und Freude die Kolleginnen und Kollegen an die Arbeit gehen. ●

1. Mai: Die Vorsitzenden vor Ort

Am 1. Mai laden DGB und Gewerkschaften in allen größeren Städten zu Kundgebungen und Demonstrationen ein.

Stuttgart: Michael Sommer, DGB-Vorsitzender

Erfurt: Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende

Köln: Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied

Castrop-Rauxel: Claus Matecki, DGB-Vorstandsmitglied

Gladbeck: Klaus Wieseühgel, IG BAU-Vorsitzender

Düsseldorf: Michael Vassiliadis, IG BCE-Vorsitzender

Siegen: Alexander Kirchner, EVG-Vorsitzender

Berlin: Ulrich Thöne, GEW-Vorsitzender

Hamburg: Berthold Huber, 1. Vorsitzender IG Metall

Augsburg: Franz-Josef Möllenberg, NGG-Vorsitzender

Lüneburg: Bernhard Witthaut, GdP-Vorsitzender

Saarbrücken: Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender

www.dgb.de/-JKkL

Die Langfassung des Interviews:
www.einblick.dgb.de

kurz & bündig



50 000 ArbeitnehmerInnen haben an einer Unterschriftenaktion der IG BCE teilgenommen und sich für sichere und flexible Übergänge in die Rente ausgesprochen. Die unterschriebenen Postkarten sind dem Bundesarbeitsministerium übergeben worden.



Die GEW kritisiert die Haltung der Bundesländer, die die Mitbestimmungsrechte von Personalvertretungen bei der Eingruppierung angestellter LehrerInnen ignorieren. Ein Gutachten belege, dass dabei gegen geltendes Recht verstoßen werde.

Hebammen

Finanzieller Druck

Der Internationale Hebammentag am 5. Mai weist unter anderem auf die schwierige ökonomische Situation der Geburtshelferinnen hin. Rund 60 Prozent aller Hebammen in Deutschland arbeiten freiberuflich, und ihre finanziellen Belastungen sind in den letzten Jahren enorm gewachsen.

Judith Lauer, ver.di-Gewerkschaftssekretärin für Berufspolitik, kritisiert: „Seit 1. Juli 2010 sind Hebammen gezwungen, 3689 Euro Haftpflichtprämie pro Jahr für das Berufsrisiko Geburtshilfe zu zahlen.“ Läuft der aktuelle Vertrag aus, drohen ab Herbst 2012 Prämien von über 4000 Euro. Hinzu kommen schlechte Arbeitsbedingungen, die auch angestellte Hebammen belas-

ten, so Lauer. Von acht Stunden Rufbereitschaft im Krankenhaus wird nur eine Stunde bezahlt, die Nachtdienst-Zulage beträgt 12,5 Prozent – gegenüber 100 Prozent in der Metallverarbeitung. Lauer betont: „ver.di unterstützt die Hebammen in ihren Forderungen nach fairen Arbeitsbedingungen und angemessenen Haftpflichtprämien.“

Solarindustrie

Regen statt Sonnenschein

Die IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen kritisiert die geplante Werkschließung des US-Konzerns First Solar am Standort Frankfurt an der Oder. 1200 Arbeitsplätze sind dadurch bedroht. IG Metall-Betriebsleiter Olivier Höbel fordert den Arbeitgeber auf, den maximalen Kurzarbeitszeitraum voll auszuschöpfen. „Wir erwarten von der Unternehmensleitung die Nutzung aller Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit.“

Höbel kritisiert zudem die Bundesregierung, die die Förderung der Solarenergie kürzen will: „Wandert die Produktion nach Asien ab, wandert über kurz oder lang auch die Forschung ab. Derzeit haben wir noch die Solar-Spitzentechnologie in Ostdeutschland. Daran müssen wir festhalten.“ Im Mai stehen die Kürzungspläne der Bundesregie-

rung für die Solarbranche zur Abstimmung im Bundesrat. Von den Ministerpräsidenten der Länder erwartet die IG Metall die Ablehnung mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit. Statt Branchenkahlschlag sei eine neue industriepolitische Initiative gefordert.

Lebensmittelkontrolle

NGG will Reform

Die NGG hat eine grundlegende Reform der Lebensmittelkontrolle gefordert. „Die aktuellen Funde von dioxinbelasteten Eiern und der Umgang damit zeigen zum wiederholten Mal, dass das Kontroll-Frühwarn-System versagt hat und der Dioxin-Aktionsplan von Bundesministerin Ilse Aigner nicht greift“, kritisiert der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg.

GdP-Homepage

Kriminalität vorbeugen

Die GdP hat die Präventions-Homepage www.PolizeiDeinPartner.de im Internet freigeschaltet. Unter anderem bietet das Portal umfassende Informationen und Hilfe zu Themen wie Zivilcourage, Sucht, Diebstahl und Betrug. Die GdP will so Interessierte informieren und Aktivitäten rund um die Präventionsarbeit vernetzen.

Freihandelsabkommen

Ausbeutung nicht belohnen

Die IG BAU hat das EU-Parlament davor gewarnt, falsche Signale an Unrechtsregime durch Freihandelsabkommen zu senden. Aktuell beraten Ausschüsse in Brüssel ein Abkommen zwischen der EU und Kolumbien. Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel kritisiert: „In Kolumbien ist die Menschenrechtssituation alarmierend. Gewerkschafter werden bedroht und umgebracht.“

In keinem anderen Land gebe es so viel Gewalt gegen Menschen, nur weil sie sich für ihre Arbeitnehmerrechte einsetzen. „Wenn die EU ihre Werte ernst nimmt, darf sie eine Regierung, die das zulässt oder sogar fördert, nicht auch noch mit einem Freihandelsabkommen belohnen“, so Wiesehügel. Einem Gutachten zufolge sind die Nachhaltigkeitsbestimmungen im Abkommen mangelhaft. Soziale und ökologische Belange seien nur unvollständig und unverbindlich geregelt. Gewerkschaften werden keine Rechte zur Beschwerde eingeräumt.

Anzeige

ZWEI PATRONEN PRO MENSCH WERDEN JÄHRLICH PRODUZIERT – AUCH FÜR SIE

Setzen Sie ein Zeichen, damit die UNO endlich strikte Kontrollen für den weltweiten Waffenhandel beschließt.

Ihre Stimme rettet Leben.
www.amnesty.de/haendehoch

HÄNDE HOCH FÜR WAFFENKONTROLLE
AMNESTY INTERNATIONAL



Wandel der Arbeitswelt

„Früher war ich müde! Heute bin ich fertig!“

Prekäre Beschäftigung, Arbeitsverdichtung, Stress, Mobbing – neben den Gewerkschaften nimmt sich auch die katholische Betriebsseelsorge der Probleme der ArbeitnehmerInnen an. Betriebsseelsorger Peter Hartlaub schildert, wie sich die Arbeitswelt aus Sicht der Betriebsseelsorge verändert hat und was die katholische Soziallehre dem Wandel entgegen hält.

Die Arbeitswelt hat sich fundamental gewandelt. Aussagen wie „Früher war ich müde, heute bin ich fertig“ machen deutlich: **Der Druck auf die Menschen ist immens.** Die Anforderungen an die Menschen werden immer höher geschraubt,

„Ich mach das jetzt seit dreißig Jahren, aber so stressig war es noch nie. Ich weiß nicht, wie ich das bis zur Rente schaffen soll.“

egal wo sie arbeiten. MitarbeiterInnen müssen mobil und flexibel sein, sowohl räumlich wie auch zeitlich. Immer erreichbar und kurzfristig verfügbar sein – dieses „Ideal“ gilt längst nicht mehr nur ab einer bestimmten Gehaltsstufe. Wie dabei die lebenswichtigen sozialen Beziehungen außerhalb der Arbeit gelebt werden können, ist zweitrangig. Wann die Menschen zum Atmen kommen, bleibt ihr Problem. Das dokumentieren eindringlich Zitate von Ratsuchenden (siehe Kästen).

Weniger MitarbeiterInnen sollen in weniger Zeit immer mehr Arbeit erledigen – im Krankenhaus ebenso wie in der Fabrikhalle, in der Schule wie an der Supermarktkasse. Die Belastungen steigen, gleichzeitig nimmt die Unsicherheit zu. Seit mit der Einführung von Hartz IV der Niedriglohnsektor in diesem Land wächst, breitet sich die Angst vor dem sozialen Abstieg immer stärker aus. Krankheit und Arbeitslosigkeit schweben wie ein Damoklesschwert über den Beschäftigten.

„Früher hab' ich gedacht: Wenn du deine Arbeit gut machst und die Firma Gewinn abwirft, dann ist dein Arbeitsplatz sicher. Aber die wollen unseren Standort schließen, obwohl wir seit Jahren schwarze Zahlen schreiben.“

Immer mehr Menschen halten diesem Druck nicht mehr stand.

Mit diesen Sorgen kommen Beschäftigte auf die BetriebsseelsorgerInnen zu. Oft vermittelt durch Betriebs- und Personalräte, mit denen wir vertrauensvoll zusammen arbeiten. Wir bieten uns an als Gesprächspartner, der die betriebliche Realität kennt,



Peter Hartlaub, 47, ist ständiger Diakon und Sprecher der Bundeskommission Betriebsseelsorge. Seit 1998 ist er als Betriebsseelsorger in Schweinfurt tätig.

Foto: Betriebsseelsorge Diözese Würzburg

ohne selber Teil des Betriebs zu sein. Im Dialog versuchen wir, mit den Menschen ihre Situation zu analysieren, mit ihnen nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, sie zu trösten und zu ermutigen. Einen übergreifenden Ratschlag gibt es dabei nicht, sondern nur Lösungen im Einzelfall. Wichtig ist, den Menschen **die Angst zu nehmen und ihnen Mut zu machen**, sich für ihre Bedürfnisse einzusetzen.

Hilfe im Einzelfall ist uns wichtig – aber dabei können und wollen wir nicht stehen bleiben. Wenn ein System für viele Einzelne Probleme produziert, **dann ist das System das Problem.** In der Sozialverkündigung der katholischen Kirche gilt zentral der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital. Das heißt, für jede Wirtschaftsordnung und für die Gestaltung der Arbeitswelt gilt: Welchen Stellenwert hat der Mensch? Wird er mit seinen Fähigkeiten und Kom-

„Wie soll ich denn mit dem Lohn hinkommen? Das reicht ja kaum zum Leben. Und wenn ich an meine Rente denke – da kann ich mich ja gleich erschießen!“

petenzen anerkannt? Werden seine Bedürfnisse berücksichtigt? Wird die Arbeitswelt so gestaltet, dass sie den Menschen dient oder müssen sich Menschen dem Diktat von Effizienz und Rendite unterwerfen?

Diese Fragen gemeinsam mit den Beschäftigten oder auch stellvertretend für sie öffentlich zu stellen und sich so in Politik einzumischen, das gehört zu unserem Verständnis von Seelsorge. Dabei arbeiten wir zusammen mit Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften. Mit ihnen zusammen versuchen wir, die Beschäftigten zu ermutigen, damit sie **ihre Interessen gemeinsam verteidigen.**

Für uns gilt, was Papst Johannes Paul II. 1981 in seiner Enzyklika „Laborem Exercens“ geschrieben hat: „Solidarität muss immer dort zur Stelle sein, wo die gesellschaftliche Herabwürdigung des Subjekts der Arbeit, die Ausbeutung der Arbeitnehmer und das wachsende Ausmaß von Elend oder sogar Hunger sie herausfordern.“ An dieser Solidarität mit zu bauen, ist unser Auftrag. •

Rat für Beschäftigte

Die Betriebsseelsorge ist eine Einrichtung der katholischen Kirche in Deutschland. Ihre Aufgabe ist es, Kontakt zwischen der Kirche und der Arbeitswelt, insbesondere den ArbeitnehmerInnen aufzubauen und zu halten. Unter anderem geht es darum, konkrete Solidarität mit den Menschen in der Arbeitswelt zu zeigen und sie im Kampf um eine gerechtere und menschenwürdigere Arbeit zu unterstützen.

Dies geschieht durch Einzelberatung und -seelsorge, (z.B. bei Mobbing, Burn-out, Angst um den Arbeitsplatz), durch die Unterstützung von Betriebs- und Personalräten, durch gemeinsame politische Aktion, etwa im Falle von Werkschließungen und Tarifeinensetzungen. Dabei bringen die momentan rund 50 Betriebsseelsorger und -seelsorgerinnen die Stimme des Evangeliums und der christlichen Sozialethik ins Gespräch.

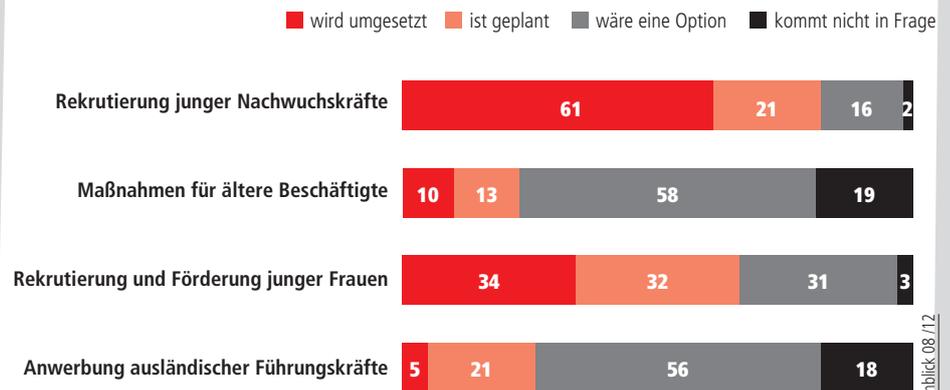
Die Betriebsseelsorge gibt es zur Zeit in 13 Diözesen, vorwiegend in Süddeutschland. Auch die evangelische Kirche bietet Beschäftigten Rat und Hilfe mit dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt KDA.

Weitere Informationen zur katholischen Betriebsseelsorge unter www.betriebsseelsorge.de

DEMOGRAFISCHER WANDEL: Junger Nachwuchs gesucht

Trotz des drohenden Fachkräftemangels nutzen die Unternehmen nur einen Teil ihrer Möglichkeiten, um sich Führungskräfte zu sichern. Nach einer Umfrage der Personalberatung Odgers Berndtson ist zwar 70 Prozent der befragten Firmen das Problem bewusst, doch suchen sie vor allem auf dem umkämpften Markt der Nachwuchskräfte. Die Förderung junger Frauen ist ebenfalls noch nicht Firmenalltag, auch ältere Beschäftigte erhalten wenig Chancen. Das Schlusslicht bildet die Suche nach ausländischen Fachkräften.

Wie Firmen künftig ihre Führungspositionen besetzen (in Prozent)



Quelle: Odgers Berndtson Umfrage 2011

© DGB einblick 08/12

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

- 1.5.** DGB und Mitgliedsgewerkschaften, Tag der Arbeit, 1. Mai-Hauptkundgebung in Stuttgart
- 1.5.** Eröffnung der Ruhrfestspiele, Recklinghausen
- 2.5.** DGB Hessen-Thüringen, Diskussion „Die Zukunft des Alterns in Hessen“, Frankfurt am Main
- 3.5.** Welttag der Pressefreiheit
- 3./4.5.** Hans-Böckler-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, JenZiG – Jenaer Zentrum für interdisziplinäre Gesellschaftsforschung, Tagung „Arbeitsbewusstsein und Demokratie“, Jena
- 4.-18.5.** DGB Region Köln-

Tip

Buch: Alena Schröder, Christian Esser: Die Vollstrecker – wer für Unternehmen die Probleme löst. C. Bertelsmann Verlag, München, 192 Seiten, 14,99 Euro
Anwälte, die als „Kündigungsexperten“ unliebsame MitarbeiterInnen, wie zum Beispiel Betriebsräte, Schwangere und Behinderte, kündigen, sorgen für Schrecken unter den Beschäftigten. In den

vergangenen Jahren profitieren auch spezialisierte PR-Berater, Detektive und Sicherheitsexperten vom Trend einiger Unternehmen, „Drecksarbeit“ auszulagern. Mit dem Buch „Die Vollstrecker“ stellen die JournalistInnen Alena Schröder und Christian Esser die Szene dieser DienstleisterInnen vor. Was sind die Ziele externer „Sanierer“? Mit welchen Mitteln

gehen Anwälte gegen Betriebsräte vor? Und: Wie polieren PR-Berater das Image einer Firma auf, die wegen Skandalen oder kriminellen Geschäften in die Schlagzeilen geraten ist? Von Interesse sind neben vielen Beispielen aus der Praxis Interviews mit „Sanierern“ und „Kündigungsexperten“ über Vorgehensweise und persönliche Ansichten.

- Bonn, „2. Kölner Festival des politischen Kabarets“, Köln
- 5.5.** Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung
- 6.5.** Landtagswahl in

- Schleswig-Holstein
- 8.5.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Finanzpolitik in Zeiten der Euro-Krise – Welche Politik braucht Europa?“, Potsdam
- 8.5.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Vortrag und Gespräch mit Oskar Negt „Arbeit und menschliche Würde“, Chemnitz
- 10./11.5.** IG BCE, Daten-

- schutztagung der IG BCE, Hannover
- 12.5.** Tag der Krankenpflege
- 13.5.** Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
- 14.5.** Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Burnout des Sozialen in der Arbeitsgesellschaft. Krankmachende Faktoren in der Arbeitswelt“, Leipzig

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantwortl.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Mein Lieblingsprojekt ist, aus Grünen Schwarze zu machen.“

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe im Interview mit dem Tagesspiegel vom 22. April.

Berufskrankheit

Auch mittelbare Folgen gehören dazu

Ist eine Hepatitis als Berufskrankheit anerkannt, sind auch die psychischen Folgen als Berufskrankheit anzuerkennen. Selbst wenn es mithilfe der Medikamente gelungen ist, den Zerstörungsprozess der Leberzellen zu stoppen, müssen die psychischen Folgen als mittelbare Schädigung der antiviralen Therapie oder der Hepatitis angesehen werden.

*Sozialgericht Detmold,
Urteil vom 8. September 2011 - S 14 U 161/09*

Unterrichtsmaterial

Kopierkosten trägt die Schule

Öffentliche Schulträger im Land Sachsen können von den Eltern ihrer Schüler nicht die Erstattung von Kopierkosten für Unterrichtsmaterial verlangen. Es obliegt der Gemeinde als Schulträgerin, die sachlichen Kosten für den Schulbetrieb, zu denen auch die Lernmittel gehören, zu tragen. Die Herstellung von Unterrichtskopien gehört auch dazu.

*Sächsisches Oberverwaltungsgericht,
Urteil vom 17. April 2012 - 2 A 520/11*

Pflegeeltern

Elterngeld nur bei Adoptionswille

Pflegeeltern haben nur im Fall einer so genannten Adoptionspflege Anspruch auf Elterngeld. Ein Elterngeldanspruch für andere als leibliche Kinder besteht nur, wenn eine auf Dauer angelegte und rechtlich verfestigte Familienbeziehung vorliegt, insbesondere weil ein Kind mit dem Ziel der späteren Adoption in Pflege genommen worden ist. An einer solchen verfestigten rechtlichen Bindung fehlt es, wenn die leibliche Mutter des Kindes einer Adoption nicht zugestimmt hat und eine Adoptionspflege daher nicht bestand.

*Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Urteil vom 9. März 2012 - L 13 EG 37/11*

Gesetzliche Unfallversicherung

Gefahrbeseitigung steht unter Schutz

Das Überqueren der Autobahn mit dem Ziel, einen den Straßenverkehr gefährdenden Gegenstand zu entfernen, steht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

*Bundessozialgericht,
Urteil vom 27. März 2012 - B 2 U 711 R*

Stalking

Kann Kündigungsgrund sein

Fühlt sich eine Mitarbeiterin von einem Arbeitskollegen belästigt und äußert sie, dass sie weder dienstlich noch privat Kontakt mit ihm wünscht, so hat der Arbeitnehmer das zu respektieren. Handelt der Arbeitnehmer gegen den erklärten Willen der Arbeitskollegin, kann dieses Verhalten eine außerordentliche Kündigung rechtfertigen. Ob es zuvor einer Abmahnung bedarf, hängt von den Umständen des Einzelfalls ab.

*Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19. April 2012 - 2 AZR 258/11*

Rentenversicherung

Kampfsportlehrer sind keine Künstler

Lehrer für Tai Chi und Kung Fu sind keine Künstler im Sinne der Sozialversicherung. Deshalb sind sie, sofern sie keine versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen, als selbstständige Lehrer in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig.

Der Fall: Der Mann unterrichtet in Schulen und Sporthallen die aus der chinesischen Kampfkunst abgeleiteten Bewegungsmethoden. Er will vom Gericht feststellen lassen, dass er ein nicht versicherungspflichtiger Künstler sei, weil im Zentrum der Übungen Bilder und Einzelbewegungen stehen und die Darbietungen mit Ballettauführungen vergleichbar seien. Dieser Argumentation hast sich das Gericht nicht angeschlossen.

Das Sozialgericht: Der Gesetzgeber hat den Begriff der Kunst nicht abschließend definiert. Was als Kunst zu bewerten ist, ist im Sozialrecht deshalb unter Berücksichtigung der Künstlersozialversicherung, der allgemeinen Verkehrsauffassung und der historischen Entwicklung zu bestimmen. Danach ist Kunst, was Ergebnis eines kreativen Prozesses ist und von der jeweiligen Gesellschaft als Kunst anerkannt wird. Bei darstellender Kunst wird zwischen den Hauptsparten Theater, Tanz und Film unterschieden. Unter Anwendung dieser Kriterien ist der vom Kläger erteilte Unterricht nach seinem Gesamtbild mehr dem Unterricht eines Fitness- und Gymnastiklehrers als der Tätigkeit eines Künstlers zuzuordnen. Es handelt sich nicht um „Lehre von Kunst“, weil Thai Chi und Kung Fu überwiegend pädagogische, therapeutische, gymnastische und meditative Elemente haben.

Die Art der Bewegungsabläufe hat zwar bei beiden Ausübungsformen künstlerische Elemente. Dies ist jedoch – ähnlich wie bei der rhythmischen Sportgymnastik – nicht ausreichend, um Tai Chi und Kung Fu als darstellende Kunst zu bewerten. Der Kläger unterliegt grundsätzlich der Versicherungspflicht.

*Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 26. März 2012 - S 1 R 340/09*

Betriebsratsdateien

Arbeitgeber hat keinen Zugriff darauf

Der Arbeitgeber hat keinen Anspruch darauf, Einsicht in Dateien des Betriebsrats zu nehmen.

Der Fall: Auf dem Laufwerk des Betriebsrats im EDV-System des Arbeitgebers befindet sich unter dem Briefkopf des Betriebsrats eine nicht unterzeichnete achtseitige Stellungnahme in einem Kündigungsschutzverfahren, das Mitarbeiter des Arbeitgebers betrifft. Der Arbeitgeber verdächtigt ein nicht freigestelltes Betriebsratsmitglied, diese Stellungnahme während seiner Arbeitszeit verfasst und so einen Arbeitszeitbetrug begangen zu haben. Der Arbeitgeber verlangt mit seinem Antrag deshalb die gerichtliche Feststellung, dass er die vollständige Dokumentenhistorie der achtseitigen Stellungnahme zurückverfolgen darf, um festzustellen, wann die Datei durch wen bearbeitet wurde. Mit diesem Antrag hatte er keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Dem Arbeitgeber steht nicht das Recht zu, in die Dateien des Betriebsrats Einsicht zu nehmen. Der Betriebsrat verwaltet seine Dateien genauso wie seine sonstigen schriftlichen Unterlagen eigenverantwortlich, weil die Betriebsverfassung durch eine autonom ausgestaltete Interessenwahrnehmung geprägt ist. Auf die Eigentumsverhältnisse an den Datenlaufwerken kommt es insoweit nicht an.

*Landesarbeitsgericht Düsseldorf,
Beschluss vom 7. März 2012 - 4 TaBV 11/12*